



H-H

Bundeskanzleramt der Bundesrepublik Deutschland

Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

Datum, den 29. Januar 2016

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,

ich schreibe Ihnen diesen offenen Brief als politisch interessierter Bürger, der sich angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland große Sorgen macht – und damit sicherlich zur Mehrheit der Bevölkerung gehört. Die Flüchtlingskrise und ihre unabsehbaren Folgen beunruhigen Millionen Menschen in immer stärkerem Maße, und das zu Recht.

Den größten Anlass zur Sorge gibt dabei die offensichtliche Hilfslosigkeit und Ohnmacht der deutschen Politik. Sie regiert nicht mehr, sie steuert nicht mehr, sie sorgt nicht mehr für Ordnung. Im Gegenteil: Sie ist getrieben von der selbst verschuldeten Situation einer massiven Flüchtlingswelle, die in keiner Weise steuerbar ist. Sie versucht verzweifelt und vergeblich, das Chaos zu verwalten.

Mehr als eine Million Flüchtlinge sind nach Schätzungen im Jahr 2015 ins unser Land geströmt. Eine genaue Zahl kennt niemand, denn die Pflicht zur Registrierung wird von vielen Migrant*innen ignoriert. Und die Verwaltungen sind hoffnungslos überfordert. Wir wissen nicht, wer die Menschen sind, die sich in unserem Land zu Hunderttausenden aufhalten – allein das ist schon ein Skandal. Auch das ehrenamtliche Engagement stößt vielerorts an Grenzen. Selbst die hilfsbereiten Optimisten werden nach meinem Eindruck immer skeptischer angesichts der katastrophalen Situation. Viele haben auch einfach keine Kraft mehr. Es liegt auf der Hand, dass bald immer mehr ehrenamtliche Helfer aufgeben werden. Und was dann

Fest steht: Die Zahl der Flüchtlinge ist zu hoch, es sind einfach zu viele. Das sehen immer mehr ganz normale Bürger so. Man muss auch kein Experte sein, um das zu erkennen – der gesunde Menschenverstand reicht völlig. Ich selbst zähle wohl zu den sogenannten „Gutmenschen“: Als Vorstand der Stiftung „Humanitas et Dignitas“, die vor allem die Mobilität von behinderten Kindern fördert. Ich habe nicht die geringste Nähe zu rechtem Gedankengut. Und natürlich halte ich das Recht auf politisches Asyl für ein wertvolles Menschenrecht. Menschen in Not muss geholfen werden, egal, woher sie kommen.



H-H

In geordneten Bahnen, mit einer gezielt gesteuerten Migrations- und Integrationspolitik, wären die überwiegend jungen Flüchtlinge ja sogar ein Segen für unser Land. Schließlich galt Deutschland bis vor kurzem durch den demographischen Wandel noch als überaltert und „vom Aussterben bedroht“. Und viele Unternehmen klagten über den Mangel an Fachkräften.

Doch es sind schlichtweg zu viele Flüchtlinge. Das sehen alle anderen Länder rund um den Globus genauso. Sie staunen kopfschüttelnd über die naive Willkommenskultur von Frau Merkel. Denn klar ist doch: Durch das Merkel-Motto „Wir schaffen das!“ fühlen sich hunderttausende Flüchtlinge herzlich eingeladen, ins reiche Deutschland mit seinem attraktiven Sozialsystem zu kommen.

Die brennende Frage ist nun: „Können wir das wirklich schaffen?“ Ich und viele andere glauben: Nein, unter den gegebenen Umständen auf keinen Fall! Viele Deutsche haben schon jetzt manchmal das Gefühl, Fremde im eigenen Land zu sein. Wenn ich durch meine kleine Heimatstadt Leinfelden-Echterdingen gehe, höre ich an vielen Ecken ein babylonisches Sprachengewirr – aber kein Deutsch.

Auch die kulturellen Unterschiede sind allzu offensichtlich. Die Flüchtlinge sind in einem völlig anderen Umfeld mit einem völlig anderen Wertesystem aufgewachsen. Und vielen von ihnen fehlt zudem die Bereitschaft, sich unserer offenen, freiheitlichen und respektvollen Kultur anzupassen. Die schrecklichen Vorfälle an Silvester in Köln und in anderen Städten zeigen dies überdeutlich. Und es steht zu befürchten, dass die Zahl an Straftaten durch Flüchtlinge künftig erheblich zunehmen wird.

Eine erfolgreiche Integration wäre schon dann ein Mammutprojekt, wenn ab jetzt kein Einziger Flüchtling mehr zu uns käme. Denn die Erfahrung mit unseren früheren

„Gastarbeitern“, die geblieben sind, hat gezeigt, wie schwierig und langwierig Integration ist.

Und die Finanzierung? Gerade hat Herr Schäuble einen Haushaltsüberschuss von 12 Milliarden Euro verkündet. Das Geld soll komplett den Flüchtlingen zugutekommen. Auch dies stößt auf berechtigten Widerspruch in der Bevölkerung. Jeder, der sich in Deutschland Straßen bis hin zu einer unzureichenden Gesundheitsversorgung auf dem Land. In den Städten herrscht Wohnungsnot, die sich künftig noch drastisch verschärfen wird – vor allem für sozial Schwache. Die meisten Kommunen sind chronisch pleite. Hier würde dieses Geld also dringend benötigt.



H-H

Die schlimmste Folge des politischen Versagens in der Flüchtlingspolitik ist aber meines Erachtens, dass rechtsradikale Rattenfänger weiter an Boden gewinnen. Diese Entwicklung ist schon jetzt deutlich spürbar – als Folge der großen Verunsicherung der Menschen. Der Ton wird allgemein schärfer, es wird fast nur noch unterschieden:

„Bist Du für oder gegen die Flüchtlinge?“ Und ich befürchte, dass sich diese Fronten weiter verhärten und auch gewalttätige Unruhen zunehmen werden.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,

ich bin sicher, dass Sie die von mir geschilderten Sorgen bereits von vielen anderen Bürgern kennen. Ich bitte Sie, diese Sorgen sehr ernst zu nehmen und sich in Ihrem Einflussbereich entsprechend für Veränderungen zu engagieren. Wir brauchen dringend eine geordnete, gut geplante Flüchtlingspolitik, die allen Interessen gerecht wird – also auch den deutschen Interessen. Wir brauchen deutlich mehr Druck bei den Bemühungen, eine gerechte europäische Lösung herbeizuführen. Die anderen EU-Länder müssen ihrer Verantwortung gleichermaßen nachkommen. Und wenn diese Anstrengungen in absehbarer Zeit nicht greifen sollten, dürfen Obergrenzen und eine nationale Grenzsicherung keine Tabuthemen mehr sein. Im Interesse des inneren Friedens und der Zukunft Deutschlands.

Hochachtungsvoll

IHR

Graf von Hessen-Homburg